

## **NIEDERSCHRIFT**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen,  
Organisation und Finanzentwicklung der Stadt Lüdenscheid**

**am 21.04.2005**

**im Sitzungssaal der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz:**

Erste stellv. Bürgermeisterin Ursula Meyer CDU

#### **Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

|  |       |                                  |
|--|-------|----------------------------------|
| Ratsherr Norbert Adam                  | CDU   | Vertreter für Ratsfrau Gabler    |
| Ratsherr Harald Metzger                | SPD   |                                  |
| Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde            | CDU   |                                  |
| Ratsfrau Elke Teipel                   | SPD   |                                  |
| Ratsherr Michael Thielicke             | SPD   |                                  |
| Ratsfrau Tanja Tschöke                 | Grüne |                                  |
| Ratsfrau Ramona Ullrich                | SPD   |                                  |
| Zweiter stellv. Bürgermeister Jens Voß | SPD   | Vertreter für Ratsherrn Triebert |
| Herr Gerhard Ameln                     | FDP   | Vertreter für Ratsherrn Schwarz  |
| Herr Wolf Reiner Cassel                | LL    |                                  |
| Herr Ulrich Noetzel                    | SPD   |                                  |
| Frau Christiane Rahmede                | CDU   |                                  |
| Herr Ulrich Siebensohn                 | CDU   |                                  |

#### **Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

|                            |     |  |
|----------------------------|-----|--|
| Ratsherr Marcus Kühnel     | CDU | stimmberechtigter Vertreter für<br>Ratsherrn Schulte |
| Ratsherr Peter Oettinghaus | AfL |  |

#### **Verwaltung:**

Bürgermeister Dieter Dzewas  
Erster Beigeordneter Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler  
Herr Michael Walker  
Frau Elisabeth Wilfert  
Herr Manfred Egger  
Frau Martina Schmidtke  
Frau Britta Vogelsang  
Frau Beate Artzig

### **Schriftführerin:**

Frau Petra Kluger

### **Abwesend:**

### **Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

|                          |     |
|--------------------------|-----|
| Ratsfrau Christel Gabler | CDU |
| Ratsherr Bernd Schulte   | CDU |
| Ratsherr Bruno Schwarz   | FDP |
| Ratsherr Holger Triebert | SPD |

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

### **1. Genehmigung der Niederschrift vom 22.02.05**

---

Die Niederschrift vom 22.02.2005 wird einstimmig genehmigt.

### **2. Bericht zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts 2004** **Vorlage: 065/2005**

---

Herr Blasweiler erläutert zur Vorlage, dass die mit der Aufsichtsbehörde abgestimmten Maßnahmen zum Haushaltssicherungskonzept (HSK) überwiegend umgesetzt werden konnten. Lediglich in wenigen Bereichen hinsichtlich freiwilliger Leistungen sei zum Wohle der Bürger auf eine Realisierung der Maßnahmen verzichtet worden.

Die Nachfrage von Herrn Siebensohn, wie weit man zwischenzeitlich mit der Privatisierung der Friedhöfe (s. Vorlage, Seite 1, Nr. 36) gekommen sei, verweist Herr Blasweiler an den zuständigen Werksausschuss des STL.

Im Anschluss berichtet der Kämmerer, dass sich der Verwaltungsvorstand einvernehmlich zur Verhängung einer haushaltswirtschaftlichen Sperre im Vermögens- und Verwaltungshaushalt bereiterklärt habe. Ausführlich erläutert Herr Blasweiler dem Ausschuss die rechtlichen Voraussetzungen, die die Einrichtung einer „Haushalts-Sperre“ durch den Kämmerer rechtfertigen (§28 GemHVO; § 80 IV GO). Herr Blasweiler bedauert, dass es auf Grund einer Indiskretion eine vorzeitige und vor allem unvollständige Berichterstattung und Kommentierung in der örtlichen Presse hinsichtlich dieses Themas gegeben hat. Die unvollständige Berichterstattung habe hinsichtlich der Gestaltung der Haushaltssperre und der von ihr betroffenen Bereiche in der Öffentlichkeit einen falschen Eindruck erweckt. Herr Blasweiler begründet die Verhängung einer Haushaltssperre mit der kritischen haushaltswirtschaftlichen Situation 2005 und zählt sämtliche bereits zum jetzigen Zeitpunkt absehbaren Haushaltsrisiken und Rahmendaten auf, die ohne rechtzeitige Ergreifung geeigneter Maßnahmen nicht nur den diesjährigen Haushalt bedrohen, sondern auch den Ausstieg aus dem HSK in 2006

gefährden. Generell sei die Diskussion um eine Haushaltssperre aber kein neues Thema, sondern bereits in Vorjahren regelmäßig erörtert worden. Der Kämmerer verdeutlicht dem Ausschuss die Vorteile des Instrumentes „Haushaltssperre“ anhand eines Berichtes über die positiven Auswirkungen des innerhalb der Verwaltung derzeit bereits praktizierten Meldeverfahrens hinsichtlich der nach wie vor gesperrten Ansätze des Vermögenshaushaltes. Gleichwertige und ebenso flexible Alternativen zum Instrument „Haushaltssperre“ gäbe es nicht.

Herr Blasweiler erläutert auf Grundlage der ausgeteilten Unterlagen die genaue Ausgestaltung der haushaltswirtschaftlichen Sperre, durch welche insgesamt rd. 880.000 € im Verwaltungshaushalt durch Sperrung von jeweils 20 % des Ansatzes verschiedener Gruppierungen vorsorglich „zurückgehalten“ werden sollen. Von der Sperre seien hauptsächlich verwaltungsintern wirkende Haushaltsbereiche betroffen, nicht jedoch Vereinszuschüsse. Zahlreiche Nachfragen zu einzelnen in den Unterlagen aufgelisteten Haushaltspositionen bzw. Gruppierungen und zur Wirkungsweise der Sperre hinsichtlich der politisch beschlossenen Investitionsmaßnahmen im Vermögenshaushalt oder zur Schulpauschale werden ausführlich beantwortet.

Darüber hinaus räumt der Kämmerer das kursierende Gerücht aus, die Gewerbesteuer sei erheblich eingebrochen und bittet die Presse bei zukünftiger Berichterstattung sich direkt in der Kämmerei zu informieren.

In der nun folgenden Diskussionsrunde kritisieren verschiedene Parteienvertreter (RH Adam, Herr Ameln, RH Oettinghaus) die Informationspolitik der Kämmerei, des Kämmerers bzw. der Verwaltung dahingehend, dass die Politik per Presseberichterstattung (und nicht persönlich) über die Überlegungen zur Verhängung einer Haushaltssperre informiert worden sei. Herr Oettinghaus schließt darüber hinaus die Vorgehensweise des Bürgermeisters, bzw. der Verwaltung hinsichtlich der Vorgänge „MTT-Vertrag“ und „Einzelhandelskonzept“ in seine Kritik zur „unzureichenden Informationspolitik“ im Rathaus mit ein. Herr Blasweiler weist die entgegengebrachten Vorwürfe Richtung Kämmerer und Kämmerei entschieden zurück.

Herr Ameln spricht sich für die zeitige Einrichtung einer Haushaltssperre aus. Gleichfalls betont er, dass die Einsparvorschläge der FDP in Höhe von 1.150.000 € „von den anderen Parteien abgebügelt“ worden seien.

Nach Wortmeldung von Rats Herrn Metzger unterstützt die SPD eine Haushaltssperre als präventive Maßnahme, „die die Chance gibt, rechtzeitig zu handeln“.

Herr Cassel befürchtet die Rückkehr des „Dezemberfiebers“, wenn zum jetzigen Zeitpunkt eine restriktive Maßnahme eingeleitet wird, obwohl sich im Herbst 2005 wie in den vergangenen Haushaltsjahren möglicherweise wieder eine Gewerbesteuerüberfinanzierung ergeben könnte. Herr Walker räumt diese Bedenken aus und erläutert, dass die Entwicklung der Gewerbesteuer nur schwer einschätzbar sei, zumal der Ansatz 2005 höher liege als der des Vorjahres. Aus Gründen der kaufmännischen Vorsicht müsse frühzeitig zu geeigneten Sparmaßnahmen gegriffen werden.

Abschließend lässt die Vorsitzende auf Wunsch des Kämmerers abstimmen, ob es Positionen im Ausschuss gegen die Verhängung einer haushaltswirtschaftlichen Sperre gibt:

### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen über die Verhängung einer haushaltswirtschaftlichen Sperre zustimmend zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis:**

|                |    |
|----------------|----|
| Ja-Stimmen:    |    |
| (Für Sperre)   | 15 |
| Nein-Stimmen:  |    |
| (Gegen Sperre) | 0  |
| Enthaltungen:  | 0  |

### **3. Public Private Partnership im Bereich der Schulgebäude Vorlage: 075/2005**

---

Herr Blasweiler erläutert, dass es sich bezüglich der Vorlage lediglich um die Fortschreibung der bisherigen Berichterstattung über die PPP-Pilotprojekte handelt. Der Kämmerer weist darauf hin, dass Neubaumaßnahmen im Rahmen dieses Projektes erfahrungsgemäß wesentlich besser abschneiden und dass bei der Stadt Lüdenscheid jedoch fast ausschließlich Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen im Schulbereich durchzuführen sind. Der Projekteinstieg erfordere zunächst unbedingt eine ausführliche Basisdatenanalyse, die jedoch zur Zeit durch die ZGW auf Grund der anderen laufenden Projekte nicht durchgeführt werden könne.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet um erneute Berichterstattung im Jahr 2006.

### **4. Frauenförderplan für die Stadtverwaltung Lüdenscheid Vorlage: 031/2005**

---

Frau Wilfert, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Lüdenscheid, stellt den Ausschussmitgliedern ausführlich die Eckpunkte des Frauenförderplans in Form einer Power-Point-Präsentation vor und beantwortet zahlreiche Nachfragen zum Thema.

Im Anschluss an den Vortrag wird eine Stellungnahme des Personalrates der Stadt Lüdenscheid zum Frauenförderplan vom 08.12.2004 ausgeteilt.

Der Ausschuss bittet um Darstellung der gesetzlichen und/oder tarifvertraglichen Regelungen zur Freistellung/Beurlaubung von Frauen und Männern zum Zwecke der Pflege von Angehörigen. Diese sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Es entwickelt sich eine angeregte Diskussion, aus der ersichtlich wird, dass trotz vieler bereits umgesetzter Förderungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren beide Geschlechter die bestehenden Möglichkeiten noch nicht ausreichend nutzen. Schuld daran seien vor allem die immer noch fest verankerten konservativen gesellschaftlichen Realitäten und Widerstände. Die traditionellen Ansätze der Frauenförderung stoßen nach Ansicht der Gleichstellungsbeauftragten hier an ihre Grenzen. Es müsse daher künftig gelingen, ein neues gesellschaftliches Verständnis und entsprechende äußere gesellschaftliche Strukturen (Öffnungszeiten, Betreuungsangebote..) zu entwickeln.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und stimmt dem Frauenförderplan bis 2007 zu.

**5. Perspektiven eines ganzheitlichen Personalmanagements bei der Stadtverwaltung Lüdenscheid**  
**Vorlage: 099/2005**

---

Herr Blasweiler stellt dem Ausschuss kurz die wesentlichen neuartigen Ansätze des zum TOP vorgelegten umfassenden Gesamtkonzeptes vor. Ergänzt wird das detaillierte interne Grundlagen- und Arbeitspapier durch eine zusätzlich ausgeteilte Übersicht, welche die vorgesehenen Maßnahmen kompakt und kalendarisch chronologisch nach Umsetzungsterminen auflistet. Erstmals ist ein ganzheitliches Konzept zum Thema Personalmanagement vorgelegt worden, das als Grundlage für die weitere Entwicklung in den nächsten Jahren in Form eines permanenten Prozesses fortzuführen ist.

In der sich anschließenden Diskussion lobt der Ausschuss das Konzept überwiegend als ausbaufähige gute Ausgangsbasis. Bearbeitungsbedarf bestehe hinsichtlich der enthaltenen Zielvorgaben, deren Formulierung noch präziser gestaltet werden müsse. Nach Meinung der Vorsitzenden Ratsfrau Meyer sei das Konzept wegen der zahlreich verwendeten Fremd- und Fachwörter schwer lesbar.

Herr Noetzelin empfiehlt zur Erzielung der bestmöglichen Wirkung des Konzeptes die kontinuierliche Begleitung der konzeptionellen Arbeit durch die Politik, insbesondere soweit es um die Bereitstellung erforderlicher Finanzmittel zur Umsetzung von Maßnahmen im Fortbildungsbereich gehe.

Ratsherr Metzger bittet die Verwaltung, die Auswirkungen bzw. neuen Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich Führung auf Zeit, Leistungsanreizen usw. im Ausschuss vorzustellen, die durch den ab Oktober in Kraft tretenden neuen Tarifvertrag geschaffen werden. Darüber hinaus bittet er um Aufklärung, wie die Maßnahmen nach und nach innerhalb der Verwaltung umgesetzt werden können.

Frau Wilfert weist bezugnehmend auf den Ausschuss in der Funktion als Personalkommission hin, dass es wichtig sei, die Personalauswahl zu professionalisieren, indem entsprechende Standards formuliert würden. Es werden weitere Nachfragen zum Konzept von der Verwaltung beantwortet.

Herr Blasweiler schildert unter dem Stichwort „Personalmarketing“ die Entwicklung, die sich im Bereich der Anwerbung von Führungskräften und Auszubildenden vollzogen haben und dankt dem langjährigen Ausbildungsleiter der Stadt Lüdenscheid, Herrn Altrogge, für seine bisherige sehr engagierte und erfolgreiche Arbeit.

Abschließend stellt der Kämmerer dem Ausschuss zwei aktuelle wissenschaftliche Publikationen (Dr.- und Dipl.-Arbeit) vor, die auf Grundlage der engagierten Beteiligung der Stadt Lüdenscheid von externen Personen verfasst werden konnten. Es wird vereinbart den Ausschussmitgliedern die Zusammenfassung der vorgestellten Diplomarbeit zukommen zu lassen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**6. Gesetz zur Einführung der Europäischen Gesellschaft**  
**Vorlage: 050/2005**

---

Herr Blasweiler erläutert, dass für die in der Vorlage beschriebene neue Gesellschaftsrechtsform in Lüdenscheid momentan kein unmittelbarer konkreter Anwendungsfall ersichtlich sei und die Vorlage daher nur der umfassenden Information der Ausschussmitglieder über mögliche wählbare Rechtsformen darstelle.

**Beschluss:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

## **7. CDU Antrag: Raumkonzept Rathaus**

---

Ratsherr Adam erläutert den ausgeteilten Antrag der CDU näher und bittet vor allem vor dem Hintergrund des bestehenden Haushaltssicherungskonzeptes und der verhängten Haushaltssperre in Ergänzung zum Antrag um eine Auflistung, welche Räume von der Stadt angemietet sind, wie hoch die (monatlichen/jährlichen) Mietkosten sind, um Informationen über die Laufzeit der Mietverträge und schließlich über Angaben, was der Stadt an eigenem Raum zur Verfügung steht. (Zielvorgabe ebenfalls 31.05.2005)

Herr Blasweiler führt aus, dass eine entsprechende Übersicht über angemietete Flächen, Laufzeiten und Kosten bereits verwaltungsintern ausgearbeitet wurde und dem Ausschuss in der nächsten Sitzung vorgelegt werden wird. Hinsichtlich der Fertigstellung des umfassenden Raumkonzeptes für das Rathaus moniert der Kämmerer, dass sich entweder durch externe Effekte, wie z.B. Verlagerung von Beschäftigten zur ARGE im Rahmen von Hartz IV, oder auf Grund der zahlreichen Umgestaltungswünsche der Politik ständig neue Planänderungen ergeben hätten, die den Abschluss des Raumkonzeptes nicht zuließen. Ratsherr Metzger und Herr Siebensohn fassen noch einmal zusammen, dass die Politik ihre Änderungsansprüche nun einstellen und sich Mitte Mai mit den wesentlichen noch offenen Fragestellungen (z.B. Standort Standesamt, Unterbringung Integrationsbeirat) beschäftigen müsse. Dadurch könne die Verwaltung an ihrem Zeitplan, das fertige Raumkonzept in der Juni-Sitzung des Hauptausschusses vorzustellen, festhalten.

Es schließt sich eine Diskussion über die Unterbringung des Standesamtes an. Im Anschluss daran formuliert Herr Ameln den nachfolgenden Zusatzantrag, der dem zuständigen Bauausschuss zur Abstimmung zugeleitet werden wird: Nach Meinung der FDP könne die Unterbringung des Integrationsbeirates der Stadt Lüdenscheid nur dort stattfinden, wo die meisten Anfragen, bzw. die hauptsächliche Inanspruchnahme des Gremiums erfolgen würde. Da auch die Ausländerbehörde an die Kreisverwaltung abgegeben worden sei, spricht sich Herr Ameln gleichfalls für die Unterbringung des Integrationsbeirates in den Räumlichkeiten des Märkischen Kreises aus, soweit das Gremium überhaupt ein eigenes Geschäftszimmer zur Aufgabenerledigung benötige.

Die Vorsitzende Ratsfrau Meyer lässt über den CDU-Antrag „Raumkonzept Rathaus“ abstimmen:

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt entsprechend dem eingereichten CDU-Antrag der Politik ein umfassendes Raumkonzept für das Rathaus vorzulegen. Der Antrag von Herrn Ameln zur Unterbringung des Integrationsbeirates wird dem zuständigen Bauausschuss zugeleitet.

### **Abstimmungsergebnis:**

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 15 |
| Nein-Stimmen: | 0  |
| Enthaltungen: | 0  |

## **8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

### **8.1. Bekanntgaben**

---

#### **8.1.1. Vorstellung der neuen Leiterin des Amtes 20**

Herr Blasweiler stellt den Ausschussmitgliedern die anwesende Frau Martina Schmidtke als neue Leiterin des Amtes für Finanzen und Wohnungsbauförderung vor und zeigt sich erfreut über die hausinterne Lösung des Stellenbesetzungsverfahrens.

#### **8.1.2. Zeitplan zum Haushalt 2006**

Der Kämmerer erläutert zur Beantwortung einer Anfrage die ausgeteilte Übersicht zur Zeitplanung des Haushalts 2006. So kann dem Wunsche nach einer frühzeitigeren Einbringung des Haushaltsplanentwurfes auf Grund des ungünstigen Herbstferientermins 2005 und der bestehenden Abhängigkeit von präzisen Landesdaten, die den hiesigen Haushalt entscheidend beeinflussen und so früh noch nicht zur Verfügung stehen, nur bedingt nachgekommen werden. Darüber hinaus soll bzw. muss mit dem nächsten aufzustellenden Haushalt der Stadt Lüdenscheid der Ausstieg aus dem Haushaltssicherungskonzept gelingen.

Nach kurzer Diskussion erklärt sich der Ausschuss mit dem vorgelegten Zeitplan einverstanden, zumal die wichtigsten Rahmendaten zur allgemeinen Haushaltsentwicklung weiterhin regelmäßig in den Sitzungen durch die Verwaltung bekannt gegeben werden.

### **8.2. Beantwortung von Anfragen**

---

#### **8.2.1. Interkommunaler Gebührenvergleich**

Zur Beantwortung der restlichen offenen Punkte des in der BOFi-Sitzung vom 07.12.2004 gestellten Antrages der SPD-Fraktion „Erstellung eines Gebührenspiegels 2005“ weist Herr Blasweiler auf die den Ausschussmitgliedern heute ausgeteilten Übersichten hin. Es ergibt sich kein weiterer Gesprächsbedarf.

### **8.3. Anfragen**

---

#### **8.3.1. Anfrage zur Großleinwand**

Herr Ameln erkundigt sich, ob die für die Fussball WM 2006 zu organisierenden Grossleinwände auf Grund des Submissionsbetrages europaweit auszuschreiben sind. Der Bürgermeister erklärt, dass die Stadt Lüdenscheid die Auftragsvergabe nicht direkt durchführen werde und dass nach seinen derzeitigen Informationen nicht europaweit ausgeschrieben werden müsse.

### **8.3.2. Anfrage zur Gebührenabrechnung der Stadtwerke LS**

---

Herr Siebensohn wiederholt seine bereits in der Ausschusssitzung vom 22.02.2005 gestellte Anfrage „Aufschlüsselung der Energiekostenabrechnung der Stadtwerke Lüdenscheid“ (s. Protokoll vom 22.02.2005). Der Kämmerer sagt zu, das Thema zeitnah mit Herrn Struwe, SWL zu besprechen.

Vorsitzende

Schriftführerin